

Daniel Schläppi,
Malte-Christian Gruber
(Hrsg.)



Beiträge zur Rechts-,
Gesellschafts- und Kulturkritik | 15

Von der Allmende zur Share Economy

Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen in historischer und rechtlicher Perspektive



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Von der Allmende zur Share Economy

Beiträge zur Rechts-,
Gesellschafts- und Kulturkritik

Band 15

Begründet von Gisela Engel (†)
Herausgegeben von Malte-Christian Gruber

Daniel Schläppi, Malte-Christian Gruber (Hrsg.)

Von der Allmende zur Share Economy

Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen
in historischer und rechtlicher Perspektive



BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN Print: 978-3-8305-3833-2

ISBN E-Book: 978-3-8305-2993-4

Die Drucklegung erfolgte mit freundlicher Unterstützung des Friedrich-Emil-Welti-Fonds.

Umschlagbild:

Albert Anker, Der Gemeindeschreiber, 1784, Privatbesitz, Foto: SIK-ISEA, Zürich
(anstelle einer Bildlegende siehe die Ausführungen in Anm. 26 auf S. 36).

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

© 2018 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,
Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin,
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Druck: docupoint, Magdeburg

Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Daniel Schläppi

Einleitung	9
------------------	---

I.

HISTORISCHE BEISPIELE: GÜTERGEMEINSCHAFT, TEILHABE UND KOOPERATION

Christian Hoffarth

Gütergemeinschaft im Mittelalter und moderne <i>Share Economy</i> . Ein Versuch in parabolischer Ideengeschichte	73
---	----

Hendrik Baumbach

Friedewahrung als kollektives Handeln und Gemeingut. Die Ökonomie spätmittelalterlicher Landfriedensbünde an einem Beispiel aus der Wetterau im Lichte der Theorie Elinor Ostroms	95
---	----

Sebastian Kühn

Teil-Habe am Haushalt. Dienschaften in Adels Haushalten der Frühen Neuzeit	113
---	-----

Gabriele Jancke

Tradition(en) als kollektive Ressourcen. Nutzung und Formen der Teilhabe in gelehrten Kontexten von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart	137
---	-----

Martin Stuber

Kollektive Ressourcen und Nachhaltigkeit in der Longue durée. Die burgerlichen Wälder der Stadt Bern vom Ancien Régime bis in die Gegenwart	173
---	-----

II.

HANDLUNGSFELDER DER GEGENWART:
COMMONS IN WISSEN, WIRTSCHAFT, KULTUR UND POLITIK

Olaf Dilling

Wissensallmende oder Werbeplattform? Wikipedia am Scheideweg
zwischen *Commoning* und Kommerzialisierung 191

Hans-Dieter Schat

Organisationales Lernen und Ideenmanagement als *Commons*.
Strategien, Schwierigkeiten und Potenziale kollektiver
Wissensbewirtschaftung in Industriebetrieben 211

Viola Hildebrand-Schat

Kunst für die Gemeinschaft zwischen Gesetz und Anspruch auf Freiheit.
Überlegungen zu Werkbegriff und Kunstwerksrezeption 225

Dieter Kramer

Verwaltete Gemeinnutzen und aktuelle Politik 241

III.

ZUKUNFT IM KOMMUNITARISMUS:
KOLLEKTIVE LANDRECHTE UND INDIGENE SOUVERÄNITÄT

Philipp Altmann

Gemeinbesitz als Grundlage des Guten Lebens.
Perspektiven der Indigenenbewegung in Ecuador 265

Jonas Perrin

Kollektive Landrechte indigener Völker Lateinamerikas.
Vom Menschenrecht auf Eigentum zu indigener Souveränität? 281

Autorinnen und Autoren 307

Bildnachweis 311

Vorwort

Die Frankfurter Jahrestagung der Kritischen Reihe am 3. und 4. Juli 2015 stand im Zeichen neuer, vor allem durch die Digitalisierung angetriebener Ökonomien: „Disruption“ ist das neue Schlagwort, mit dem Beobachter die wirtschaftliche Entwicklung unserer Tage kennzeichnen und etwa ausdrücken möchten, dass die Lebenszyklen von Produkten, Unternehmen, Geschäftsmodellen und ganzen Märkten wesentlich kürzer geworden sind. Disruptive Innovationen und disruptive Technologien scheinen alles disrumpieren zu können, was vom Alten ist. Sie entsprechen damit einer neuen Aufbruchsstimmung nach der Finanzkrise, weniger jedoch einer Revolution im ökonomischen Denken. Man fühlt sich allenfalls an Joseph Schumpeters Vorstellung von Innovationen als Kräften einer „schöpferischen Zerstörung“ erinnert, während „Disruption“, dieses neue „Buzzword“ des Management-Zeitgeistes, selbst schon im Begriff ist, die alte Rede von „Nachhaltigkeit“ als deren antagonistisches Gegenkonzept zu ersetzen.

Die neuen kreativen Zerstörungen werden vor allem auf den schnelllebigen Feldern der sog. *Sharing Economy* erkennbar, welche nicht selten auch mit dem Gedanken an eine „digitale Allmende“ verklärt wird: Taxiunternehmen, die ohne Privateigentum an Fahrzeugen auskommen, gewerbliche Zimmervermittlungen von privatem Wohnraum oder auch Währungen ohne Zentralbanken bilden nur einige prominente Beispiele, die sich einer eindeutigen rechtlichen Betrachtung entziehen. Zur Aufklärung bedarf es zusätzlicher, interdisziplinär angelegter Betrachtungen und eingehender Vergleiche mit weiteren Fällen aus Vergangenheit und Gegenwart. Mit dieser Zielsetzung will der vorliegende Tagungsband für die Zukunft einen Beitrag zum näheren Verständnis neuartiger Phänomene kollektiven Wirtschaftens leisten.

Für die großzügige Förderung dieses Publikationsprojektes möchten wir dem Friedrich-Emil-Welti-Fonds sehr herzlich danken. Unser weiterer Dank gilt der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, deren Unterstützung zum Gelingen der Tagungsveranstaltung wesentlich beigetragen hat.

Luzern und Bern,
im Mai 2018

Malte Gruber
Daniel Schläppi

Daniel Schläppi

Einleitung

I. Am Anfang war Kooperation

In den 1990er Jahren amtierte ich als freiwilliger Wagenwart der Genossenschaft „ShareCom“ (gegründet 1987).¹ Über mehrere Jahre baute ich in meinem Wohnquartier in Eigeninitiative einen Fahrzeugstandort auf, an dem schließlich vier rege benutzte Wagen unterschiedlicher Größe stationiert waren. Niemand redete damals hochtrabend von *Share Economy* oder *Prosumenten* (vgl. Oermann 2015, S 116). Wie in den meisten Genossenschaften ging es bloß darum, ein teures Gut über kooperative Strategien kostengünstig und (typisch für die 1990er Jahre) unter ökologisch vertretbaren Bedingungen bereitzustellen: die bedarfsweise Automobilität von Menschen, die aus Überzeugung keinen eigenen PKW besitzen wollten. Dank unentgeltlicher Arbeit vieler Volontäre funktionierte das System bestens und wuchs gemächlich aber stetig.

Im Zuge der Fusion von „ShareCom“ mit der „Autoteilet Genossenschaft“ zu „Mobility“ im Jahr 1997 war dann plötzlich vermehrt von „Wirtschaftlichkeit“ und von „Kunden“ mit steigenden Ansprüchen – etwa nach Cabriolets und „Fun-cars“ – statt von schwach motorisierten Kombis und genügsamen Genossenschaftlern die Rede. Unter der Ägide eines Logistikfachmanns aus der Lastwagenbranche wurde jetzt die Angebotspalette vergrößert, die Wagenwartung professionalisiert. Eine neuerdings betriebswirtschaftlich geschulte Geschäftsleitung modellierte aus einer Utopie ein Unternehmen und überschrieb sich gewinnbringend ein kostenloses Jahrzehnt Gründeridealismus in die Geschäftsbilanz, wodurch eine Ökovision zum attraktiven Partner für potente Konzerne mutierte. Es folgten Kooperationen mit „Migros“, der führenden Schweizer Detailhandelskette, und wenig später mit den Bundesbahnen. Im Jahr 2000 arbeiteten bereits 100 Personen für das „Unternehmen“. Dem „Gesetz der Nachfrage“ gehorchend, wurden dezentrale Standorte aufgehoben und die Wagen an Bahnhöfen konzentriert, die alten Fahrtenbücher durch Computerchips und GPS ersetzt, und natürlich begannen die Preise zu steigen.

1 Zur Chronologie vgl. mobility.ch/de/ueber-mobility/mobility-genossenschaft/ueber-uns/geschichte, Zugriff 04.10.2016.

Als ihre „Mission“ deklariert die Firma „Mobility“ heutzutage „grenzenlose Mobilität für künftige Generationen“.² Wie könnte klarer kommuniziert werden, dass Konsum- und Wachstumsdenken an die Stelle genossenschaftlicher Zusammenarbeit im Zeichen genügsamer Selbstbescheidung und des Umweltschutzes getreten ist? Diese Diskrepanz markiert einen der fundamentalen Unterschiede zwischen *moderner Share Economy* und *Gemeinwirtschaft traditioneller Prägung*, und sie wirft Fragen auf: Woher rührt die Legitimität der hegemonialen Logik professioneller Betriebswirte, die steigende Umsätze und Jahresgewinne höher gewichten als die Zufriedenheit von freudig partizipierenden, intrinsisch motivierten Teilhabenden, die einen neuen Wagen für „ihren“ Standort frisch ab Werk abholen und benebelt von unvergleichlichem Fabrikgeruch an den designierten Standort transferierten, später dann durch die Waschstraße, in die Werkstatt oder zur Fahrzeugprüfung führen, in den Autos liegen gebliebene Fundstücke nach einiger Detektivarbeit ihren Besitzern zurückbrachten, oder die Urheber ungemeldeter Blechschäden ausfindig und reuig machten?

Es soll hier nicht den guten alten Zeiten nachgetrauert werden, aber die Geschichte verdient, als Lehrstück über das wechselhafte Schicksal kooperativer Geschäftsmodelle erzählt zu werden: Auch heutigen Initiativen, die quer stehen zum marktwirtschaftlich-kapitalistischen Mainstream, drohen vergleichbare Karrieren, wenn sie in den Sog der Rechenhaftigkeit und des Renditezwangs der Geldwirtschaft geraten. Eine alternativwirtschaftliche Idee und ihre Umsetzung mögen noch so gut sein, finanzieller Erfolg stellt sich in der Regel erst dann ein, wenn die ursprünglichen Ziele vergessen worden sind.

II. Aufbruch im Zeichen der Commons?

Das eingangs im Kleinen aufgezeigte Spannungsfeld zwischen gegensätzlichen ökonomischen Denkweisen findet seine Entsprechung in aktuellen makroökonomischen Theoriedebatten. Als 2009 der Wirtschafts-nobelpreis an Elinor Ostrom (1933–2012), die Wegbereiterin und Galionsfigur der modernen Commons-Forschung, vergeben wurde, schien sich darin ein Paradigmenwechsel weg vom entfesselten globalen Finanzkapitalismus hin zu einer auf Kooperation statt Konkurrenz beruhenden Ökonomie anzukündigen. Weniger als ein Jahrzehnt später mutet Ostroms Auszeichnung nur noch an wie der Schockreflex einer wirtschaftswissen-

2 mobility.ch/de/ueber-mobility/mobility-genossenschaft/ueber-uns/mission-und-vision, Zugriff 04.10.2016.

schaftlichen Elite, deren Axiome durch die 2009 zur Klimax gekommenen „Subprimekrise“ vielleicht nicht zum ersten Mal, dafür aber besonders nachdrücklich widerlegt worden waren. Mit zeitlicher Distanz ist nüchtern zu bilanzieren, dass in den von diplomierten Betriebsökonomern regierten Handlungsfeldern von Politik und Wirtschaft von der damaligen Verunsicherung nichts mehr zu spüren ist. Im Gegenteil: der Wirtschaftsliberalismus hat seine ideologische Prägekraft rüberobert, und den von der Globalisierung ausgelösten sozialen Verwerfungen wird mit überwunden geglaubten nationalstaatlichen Kurzschlüssen und als untauglich entlarvten Regulierungsversuchen begegnet.

Nichtsdestotrotz hat in den letzten Jahren weltweit ein dynamischer Diskurs voller antithetischer Emphase Raum gegriffen. Als eine seiner Lichtgestalten tritt Jeremy Rifkin auf, der in den „collaborative commons“, die durch die Digitalisierung ermöglicht werden, den „Anfang einer Revolution“ sieht. Der „vom materiellen Gewinn getriebene kapitalistische Markt“ basiere „auf Eigennutz“. Demgegenüber betone ein „neues System des Gemeinguts“ das „Interesse an der Zusammenarbeit“, entferne sich vom „Diktat des Eigentums“ und stelle „Teilen über Besitzen“. Bis 2050 würden Kollektive klassische Unternehmen und Privatwirtschaft verdrängen. Indem künftig „alle Grenzkosten“ verschwänden, sei die Welt „auf dem Weg in eine Art Kostenlos-Gesellschaft“, wie bereits das „Teilen von Wohnungen“ über Airbnb oder die „gemeinsame Nutzung von Autos“ ankündigten. Und wenn „die Transaktions- und Logistikkosten“ wegfielen, könnten auch „kleine Gemeinschaftsunternehmen global bedeutend“ werden, was der Menschheit neue Möglichkeiten böte, „sich wirtschaftlich und sozial zu organisieren“. Diese Entwicklung sei „schon seit Jahren zu erkennen“, und habe beispielsweise die „Kultur- und Medienindustrie auf den Kopf gestellt“. Millionen Menschen teilten „beinahe kostenlos“ Musik, Videos, Nachrichten und Wissen. Die „Internetrevolution“ eigne sich „nicht für Zentralisierung und vertikal integrierte Konzerne“, denn sie bevorzuge „breite Verteilung, Kollaboration, Teilen“. Indem „Musik oder Videos oder erneuerbare Energie geteilt und weitergegeben“ würden, finde Wachstum „in der Breite“ statt (Schulz 2014; vgl. Rifkin 2014; Habermann 2016, S. 15–22, 24).

In der Lesart der Commons-Aktivistin Friederike Habermann (2016, S. 18) prophezeien Rifkin und andere den „Übergang vom ‚strukturellen Hass‘, wie ihn der auf Konkurrenz basierende Kapitalismus darstellt, hin zu einer Gesellschaft struktureller Gemeinschaftlichkeit des Miteinanders“. In den Debatten, die auf breiter Front unter der Chiffre „Commons“ geführt werden, klingen eschatologische Erwartungen an. Sie verweisen so auf den utopischen Impetus einer vielgestaltigen und -köpfigen Bewegung, die nach der lebensweltlichen Diskreditierung des philosophischen Kommunismus alternative Konzepte zum real existierenden Kapitalismus sucht und praktisch erprobt. Nicht umsonst machte unter vielen Selbstetikettierungen zuletzt der Begriff „Commonismus“ die Runde.

Seine ideelle Inspiration findet der Diskurs etwa im Konzept der „Konvivialität“ (conviviality) von Ivan Illich oder in der Differenzierung zwischen „Haben“ und „Sein“ durch Erich Fromm, woraus sich als grundlegende Verhaltensregeln und Beziehungsqualitäten Ebenbürtigkeit und Gegenseitigkeit ableiten. Die auf solchem Fundament beruhende Lebensform wäre dann *Commoning*, das Silke Helfrich und David Bollier als „radikales Konzept“ beschreiben, das auf der „aktiven, wissenden Teilnahme und Teilgabe von Menschen beharrt, die ihr Leben selbst gestalten wollen“. Dabei gehe es nicht bloß darum, „gemeinsame Ressourcen zu teilen“, sondern „um aktive Zusammenarbeit mit anderen“. *Commoning* sei „eine Notwendigkeit, eine Haltung und eine Ethik“, und es stifte „Zufriedenheit“, zumal es eine „Art zu sein“ darstelle, „deren Keimzelle tief in uns Menschen angelegt“ sei (Helfrich/Bollier/Heinrich Böll Stiftung 2015, S. 21, 373). In der künftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung würden der *Homo cooperans* und der *Homo empathicus* den *Homo oeconomicus* ablösen, so die Prophezeiung. Selbst seitens der nüchternen Soziologie war zuletzt von keinem geringeren als Richard Sennett (2012) das Hohelied auf die „Zusammenarbeit“, die „unsere Gesellschaft zusammenhält“, zu hören.

Eingängige Dichotomien (z. B. Kooperation versus Konkurrenz oder Kapitalismus versus *Commons*) und originelle Begrifflichkeiten („Ecommony“ von F. Habermann) schaffen Identifikationspotenziale für vielerlei Programme, die im Gedankengut der Commons-Bewegung zahlreiche Überschneidungen mit ihren eigenen Visionen erkennen: „Postwachstum“, „degrowth“, „socio-ecological reconstruction“, „geldfreie Gesellschaft“, „deschooling“, „CareCommony“, „Peer-to-Peer-Ökonomie“, „commons-based peer production“ (nach Yochai Benkler), „collaborative consumption“, „Subsistenz“, „Suffizienz“ und andere Daseinsentwürfe sehen in den *Commons* einen gemeinsamen Fluchtpunkt ihrer Bemühungen, ein taugliches Instrument zum gesellschaftlichen Umbau. Den kleinsten gemeinsamen Nenner bilden dabei folgende Punkte:

- Abkehr vom Primat des Eigentums hin zu Nutzungsmodellen (Gebrauch statt Besitz),
- Mitarbeit an Gruppenprojekten als Voraussetzung von Teilhabe,
- Faire Regulierung des Zugangs zu Ressourcen und kollektive Strategien der Güterallokation und -aneignung als Grundbedingungen und Garanten sozialer Gerechtigkeit,
- Überwindung sozialer Ungleichheit und materieller Unterversorgung kraft digitaler und technischer Innovationen.

Die Mannigfaltigkeit der Konzepte findet ihre Entsprechung in der Heterogenität der Praxisfelder, die sich explizit oder implizit auf den Commons-Diskurs beziehen. An erster Stelle wäre sicher der Internet-Aktivismus zu nennen, dessen kollektivistisches Selbstverständnis sich in durchwegs heilbringend und euphorisch

konnotierten Variablen wie „digital commons“ (die „digitale Allmende“ und daraus hergeleitet die „Wissensallmende“), „internet of things“, „creative commons“, „social media“, „swarm intelligence“, „crowdfunding“, „open source“, „open access“, „blockchain“ oder „bitcoin“ abbildet. Aus historischer Sicht ist die digitale Ära indes noch viel zu jung, als dass sie als epochale Transformation bereits bilanziert werden könnte. Allein die schiere Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels und der technologischen Entwicklung verbietet allzu optimistische Zukunftsversprechen. Und schließlich sind potenzielle Probleme des Datenzeitalters nicht nur schwer zu erkennen, sondern auch kaum zu durchschauen (Zuboff 2016).

Plausible Prognosen sind auch deshalb schwierig, weil die Commons-Bewegung bislang kaum Wiederhall bei den etablierten politischen Parteien gefunden hat. Es ist nicht absehbar, in welchen Parteiprogrammen die Anliegen und Anregungen der „Occupy-Bewegung“, der reflektierten Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, der „Piraten“, der „Violetten“, der Bürgerinitiativen aller Art oder der indigenen Befreiungsbewegungen dereinst einfließen und auf diese Weise zum Gegenstand politischen Aushandelns oder zum dritten Weg neben Kapitalismus und Staats-Sozialismus werden könnten.³ Die ventilierten Visionen liegen jenseits traditioneller Politiken und deren gängigen Angeboten und Problemlösungsstrategien (z. B. fiskalische Umverteilung und Marktregulation in sozialen Marktwirtschaften versus Hyperkapitalismus in Verbindung mit nationaler und territorialer Abschottung). Und sie stellen grundlegende Konventionen westlich geprägter Industriegesellschaften wie Vollbeschäftigung, Wachstum, Garantie des Eigentums, soziale Marktwirtschaft etc. grundsätzlich in Frage.

III. Viel Dynamik bei wenig konzeptueller Kohärenz

In Betracht der vielfältigen Commons-Projekte liegt auf der Hand, dass der Bewegung als Ganzer eine gemeinsame ideologische Klammer fehlt. Die rührige Pioniergeneration idealistischer Aktivistinnen und Aktivisten sieht darin kein Manko. Sie definiert sich im Gegenteil über den Willen zu konkretem Handeln und die Überzeugung, die reale Welt – nicht die digitale Sphäre – im Kleinen umgestalten

3 Eine Ausnahme markiert dabei Felix Stalder (2016, S. 15), der in der *Postdemokratie* und den *Commons* zwei „politische Entwicklungslinien“ sieht, die „über die aktuelle Krise liberaler Demokratien hinausweisen und neue politische Projekte darstellen“. Während ersteres für ein „im Kern autoritäres System“ steht, postulieren die *Commons* „die radikale Erweiterung und Erneuerung der Demokratie von der Repräsentation hin zur Partizipation“.

und verbessern zu müssen.⁴ Nach Vorbild des Projekt- und Aktionsnetzwerks „living utopia“ geschieht dies im Gestus unbedingt gewollter Emanzipation vom Bekannten „geldfrei, vegan, ökologisch, solidarisch organisiert“.⁵ In solch dynamischem Klima sprießen derzeit unzählige Initiativen unter Labels wie „urban gardening“, „Gemeinschaftsgarten“, „Gartenkooperative“, „Selbstversorgungskollektiv“, „Nutzungsgemeinschaft“, „Smart Cities“, „Givebox“, „Umsonstladen“, „öffentlicher Bücherschrank“, „Foodsharing“, „FabLab“, „Kreativkombinat“, „Miethäusersyndikat“ und „Hausbesetzung“. Wirkungsvolle Impacts gehen von in afrikanischen Städten und in europäischen Regionen eingeführten Alternativwährungen aus, die lokale Güter- und Finanzkreisläufe wiederbeleben und nachhaltig konsolidieren wollen (exemplarisch hierfür steht der „Bangla-Pesa“, in: Helfrich/Bollier/Heinrich Böll Stiftung 2015, S. 191–195). Neben futuristisch ambitionierten Experimenten ist ein Revival grundsolider Genossenschaftsprojekte mit herkömmlichem Regelwerk, aber mit ökologischem und sozialem Innovationsanspruch zu beobachten. Beispielhaft hierfür steht die Siedlung „Kalkbreite“ in Zürich, welche die vom Verein „Neustart Schweiz“ propagierte urbane „Nachbarschaft“ als visionäre städtische Lebensweise in einer vielbeachteten Überbauung realisiert hat (und damit ironischerweise eine aus der Geschichte bestens bekannte Sozialfiguration wiederbelebt).⁶

Die Mannigfaltigkeit von Handlungsfeldern und Gruppierungen geht auf Kosten konzeptioneller Kohärenz. Gleichzeitig steht sie aber sinnbildlich für die Dynamik und das gesellschaftliche Transformationspotenzial des Diskurses. Immer öfter finden stetig wachsende Konferenzen statt, auf denen sich Aktivisten weltumspannend vernetzen und Praxiswissen austauschen, so zuletzt die „Utopikon“ in Berlin im November 2016. Die von Silke Helfrich, David Bollier und Michael Bauwens gebildete „Commons Strategies Group“ (CSG) bündelt und vermittelt grundlegende Erkenntnisse aus und zwischen Commons-Initiativen rund um den Globus, um damit den konzeptionellen Diskurs voranzutreiben.⁷

Bislang bestehen nur wenige Berührungspunkte und produktive Beziehungen mit der akademischen Wissenschaft, obwohl die geistige Gefolgschaft Elinor Ostroms in den letzten Jahren eine eindruckliche Forschungsindustrie zu etablieren

4 Einen aufschlussreichen Ein- bzw. Überblick über die thematische Breite laufender Projekte und theoretischer Diskurse bieten Helfrich/Heinrich Böll Stiftung (2012); Helfrich/Bollier/Heinrich Böll Stiftung (2015); Habermann (2016, S. 364–369).

5 Vgl. livingutopia.org/wir/die-idee, Zugriff 05.10.2016.

6 Vgl. kalkbreite.net, Zugriff 27.02.2016.

7 Vgl. utopikon.de; commonsstrategies.org, Zugriff 27.11.2016.

vermochte. Anschaulich machen die Karriere des Paradigmas die unzähligen Projekte, Publikationen, Konferenzen und Forschenden, welche die Homepage der „International Association for the Study of the Commons“ (IASC) dokumentiert. Mit universitärem Beistand machen Dialogplattformen „Smart People & Urban Commoning“ von sich reden. Die traditionelle Agrargeschichte entdeckt gerade die historische „Allmende“ als Forschungsgegenstand wieder. Es erscheinen Themenbände und Jahrbücher (Löhr/Rehling 2014; Grüne/Hübner/Siegl 2015). Unlängst bewilligte der Schweizerische Nationalfonds ein ambitioniertes transdisziplinäres Forschungsprojekt unter dem Titel „Sustainable Commons Adaptations to Landscape Ecosystems in Switzerland“ (SCALES).⁸

IV. Goldgräberstimmung im Internet, Begriffsverwirrung, Skepsis und Kritik

Vor dem Hintergrund der geschilderten Dynamiken und Diskurse verbreiten die Medien immer hartnäckiger die Erfolgsgeschichte der *Share Economy*.⁹ Die im Umlauf befindlichen Narrative kultivieren den Mythos von Schul- und Studienabrechern, deren Genius sich erst im Cyberspace gebührend zu entfalten vermochte. Kleine Startups generieren mit Nischenangeboten in Rekordzeit Milliardenumsätze und lassen den ausgedienten amerikanischen Traum vom schnellen großen Geld auferstehen.¹⁰ Industriekonzerne und Finanzwirtschaft sind den Pionieren dicht auf den Fersen und entdecken neuartige Geschäftskonzepte gerade als verlockende *Terra incognita*, die sich mit kapitalistischen Strategien zu kolonisieren

8 Vgl. cud.tu-berlin.de/topics/smart-people-urban-commoning-2; iasc-commons.org/ruralhistory2013.org/rh2013 (mit zahlreichen Panels zur Allmendebewirtschaftung); Jahrestagung der deutschen „Gesellschaft für Agrargeschichte“ 2015 zum Thema „Totgesagte leben länger? Geschichte und Aktualität ländlicher Gemeingüter in vergleichender Perspektive“ (Tagungsbericht unter: hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6430); anthro.unibe.ch/forschung/scales/index_ger.html, alle Zugriffe 22.03.2017.

9 Eine unvollständige Auswahl und nur ein kleines Spektrum der behandelten Themen bilden die in diesem Beitrag nachgewiesenen Zeitungsartikel ab.

10 Die Kryptowährung „Ethereum“ hatte am 29.02.2016, also ein halbes Jahr nach Betriebsstart, einen Börsenwert von 500 Millionen US-Dollar. Vierzehn Tage später war es bereits eine Milliarde US-Dollar.

lohnt. Viel Geld wird in Innovationsabteilungen investiert, um ja nicht den Anschluss an die Fahrt aufnehmende Gewinnmaschinerie zu verpassen (vgl. Löpfe 2013).¹¹

Die positiv konnotierte Semantik des „Teilens“ ist dafür mitverantwortlich, dass der *Share Economy* in der Öffentlichkeit gemeinhin wohlwollend begegnet wird. Im medialen Jargon (und sogar im Aktivistenmilieu) geht vergessen, dass hier unscharfe Kategorien in unpräzisen Begrifflichkeiten verhandelt werden. Trendige, kollaborativ angehauchte Geschäftsmodelle stehen unhinterfragt für eine geläuterte, fairere und nachhaltigere Ökonomie. UBER und Airbnb können sich nach Stephan Schultz (2014) zu „Vorreitern einer neuen, nachhaltigeren Gesellschaftsordnung“ erklären, ohne dafür viel Widerspruch zu ernten. Daniel Veit (2015) gibt zu bedenken, die aktuelle Diskussion sei „vom Neuen, vom Hippen, vom Digitalen geprägt“, blende aber „all das aus, was unsere Gesellschaft ausmacht“, und sei „sehr kurzfristig, sehr von Mode getrieben und sehr wenig durchdacht“.¹²

Eine nähere Betrachtung der Strategien, die den Erfolg der Branchenleader der *Share Economy* ausmachen, entlarvt das „Teilen“ als euphemistisches Synonym für möglichst intensive Nutzung von Gütern und Infrastrukturen (Autos, Wohnungen etc.) zwecks Effizienzoptimierung und Gewinnmaximierung. Dienstleistungserbringer in prekären Verhältnissen stellen ihre Arbeitskraft oder ihr Obdach (zu) günstig zur Verfügung, um ihre materielle Zwangslage zu verbessern (vgl. Medick 1982). Die Internetplattformen ihrerseits sparen dank technischer Tools Transaktionskosten, nutzen Regulierungslücken, umgehen Steuern, Gebühren, Arbeitnehmerschutz und Sozialabgaben. D. h. sie generieren Gewinnmargen in Graubereichen jenseits (national)staatlichen Regulierungsvermögens (vgl. Niederberger 2015; Oermann 2015, S. 117–119; Schultz 2014). Die Konsumierenden schließlich profitieren freudig von günstigen Preisen und blenden aus, dass sie mit der

11 Besonders augenfällig manifestiert sich diese Entwicklung in der neuartigen Bewirtschaftung großstädtischen Individualverkehrs durch Automobilkonzerne. Beispielhaft dafür steht „DriveNow“, betrieben von BMW in Kooperation mit SIXT, in Metropolen Deutschlands und neuerdings auch in San Francisco, Wien, London, Kopenhagen, Stockholm und Brüssel. Futuristische Pilotprojekte lassen indes erahnen, *Crowdsourcing*, d. h. die gezielte Synthese des Wissens der vielköpfigen Internetgemeinde, könnte irgendwann effizienter sein als privatwirtschaftlich organisierte und finanzierte Innovation (vgl. Linux oder edition.cnn.com/2013/03/12/tech/web/crowdsourced-car-sxsw, Zugriff 24.03.2017).

12 Die Werbekampagne der Mobilitätsplattform sharoo.com mit Altstar Stephan Remmler („Trio“) lässt Rückschlüsse auf das Zielpublikum der neuartigen kommerziellen Angebote zu. Im Fokus stehen ökologisch bewegte, aufgeschlossene und solvente Stadtmenschen ab Ende vierzig.

von ihnen getroffenen Wahl vor Ort über Generationen gewachsene Gewerbestrukturen, Arbeitsplätze sowie unter erheblichen Entbehrungen erkämpfte lokale Rechtsordnungen zerstören.

Wenn Rifkin (2014, S. 346) also rhetorisch fragt, wer „etwas gegen den Gedanken kollaborativen Konsums und einer Sharing Economy haben sollte“ und davon ausgeht, die „neuen Wirtschaftsmodelle“ nützen allen, denn mit anderen zu teilen, stehe „für das Beste im Menschen“, so verfehlt er damit den Kern der Sache, denn die beschriebenen Unternehmen funktionieren durch und durch nach den Logiken von Konsum, Wachstum, Marktkonkurrenz und Profit auf Kosten strukturell Benachteiligter. Von einem alternativen, gemeinwirtschaftlichen Lebens- bzw. Gesellschaftsentwurf im Sinne von Partizipation, Reziprozität und ökologischer Nachhaltigkeit kann keine Rede sein. Mit gutem Grund gibt Shoshana Zuboff (2016) zu bedenken, die „einstmals blühenden Netzzräume“ seien „inzwischen einem neuen und sogar noch ausbeuterischeren kapitalistischen Regime unterworfen“.

Natürlich eröffnen digital verfügbare Billigangebote auch kaufschwachen Verbrauchergruppen wie etwa Jugendlichen ungeahnte Konsumchancen (z. B. Wochenendshopping in Barcelona mit Übernachtung im coolen Loft eines abgebrannten Künstlerpärchens). Der Ressourcenverschleiß wird durch optimierte Ausnutzung aber nicht geringer, und der allgegenwärtige Bewertungszwang verdinglicht die von Anbietenden und Konsumierenden zunächst vielleicht sogar als Nahbeziehungen etablierten und erlebten Kontakte. Reibungslose Abwicklung des Tausches einer Dienstleistung gegen Geld ist oberstes Gebot, denn negative Bewertungen wirken sich verheerend auf den Geschäftsgang aus. Der kommunikative Austausch bei der Anbahnung einer Transaktion (Bewerbung, Auswahl, Absprache der Modalitäten) ist vordergründig vertraulich. Das merkantile Moment bleibt aber omnipräsent und wirkt auf nunmehr verdinglichte soziale Bindungen toxisch. Berechnendes Kalkül untergräbt Gegenseitigkeit und Vertrauen.

Bei genauerem Hinschauen wirft selbst das vielgepriesene „Peer-to-Peer-Sharing“ („Teilen unter Gleichrangigen“), der Austausch digitaler Datenpakete, die per Mausklick millionenfach transferier- und multiplizierbar sind, Fragen auf. Betroffen sind maßgebliche Teile des Kulturschaffens sowie die Informations- und Wissensproduktion. Natürlich war die Schadenfreude groß, als „Napster“ zur Jahrtausendwende „die Musikindustrie in die Knie zwang“ (Rifkin 2014, S. 339; vgl. Schulz 2014). Obwohl diese „Tauschbörse“ nach nur zwei Jahren wegen von den Tonträgerproduzenten erzwungenen gerichtlichen Verfügungen abgeschaltet werden musste, war damit die trügerische Fiktion von Gratismusik auf Abruf in der Welt. Eine Generation später wird die Internetjugend nicht müde, unter der wohlklingenden Chiffre „open access“ die umfassende Abschaffung des Urheberrechts

zu reklamieren.¹³ Sie vergisst dabei, dass scheinbar harmloses „Teilen“ krasse Ausbeutungsverhältnisse verschleiert. Der New Yorker Bandleader und Gitarrist Marc Ribot, von dessen musikalischem Talent und handwerklichen Können auch schon Tom Waits oder Elvis Costello profitierten, verdiente mit 68.000 Streams seines letzten Albums 187 Dollar (Seabrock 2015, 8 f.).

Die Veröffentlichung neuer Tonträger wird in Musikerkreisen deshalb längst als Werbeaufwand à fonds perdu abgebucht. Klappern gehört halt zum Handwerk, so die Losung der Stunde. Im Künstlerdasein der Gegenwart nehmen Marktgeschrei und permanente Selbstanpreisung immer mehr Raum ein. In der globalen Daten-Lawine wird um jedes Bit öffentlicher Wahrnehmung gekämpft. Deswegen finden sich kreative Menschen mit den Realitäten wohl oder übel ab, obwohl sie als Nischenanbieter nicht über das juristische und technische Know-how sowie über die zeitlichen und finanziellen Ressourcen verfügen, um sich die zur Wahrung der eigenen Interessen notwendigen Kenntnisse autodidaktisch anzueignen oder am Markt einzukaufen (Schläppi 2017a, S. 175 f.).

Zum Ende durchdekliniert, wird der Kostenlos-Konsum den kreativen Sektor über kurz oder lang ruinieren. Die gesamthaft sinkenden Umsätze werden immer exklusiver unter den Akteuren mit den abgefeimtesten Vermarktungsstrategien verteilt werden. Jonathan Franzen (2015, S. 664) konstatiert, die digitale Revolu-

13 Obwohl in der Forschungspolitik der „freie Zugang“ zu digitalen Publikationen bereits als „wissenschaftsbürokratisches Zwangsmittel“ bei der Vergabe von Druckkostenzuschüssen fungiert, wie Urs Hafner (2015), bemerkt hat, manifestieren sich die beschriebenen Phänomene in den jeweiligen Gesellschaftssektoren und Produktionsfeldern in unterschiedlicher Weise. So ist das Musik- und Kunstschaffen den Logiken und Dynamiken der Märkte stärker ausgeliefert als die Wissenschaft, die allenfalls einen Verbreitungsmarkt ohne direkte Re-Finanzierung benötigt. Nicht vergessen werden sollte, dass der Trend in Richtung des kostenlosen Unterhaltungskonsums neuen Karrieremustern den Weg geebnet hat. Facebook-Berühmtheit und YouTube-Starkult beruhen auf anderen Skills und Investitionen als herkömmliche Modi der Produktion und Vermarktung, wobei „Influencer-Marketing“ und die gezielte Nutzung der in den sozialen Medien schlummernden Multiplikationspotenziale im Vordergrund stehen. Auch adelt der diskursive Kult um den „open access“ neue Kunstformen wie „Appropriation Art“ oder „Sampling“. Obwohl deren Exponenten die Auffassung vertreten, auch beim Vorgang des Kopierens handle es sich um einen originären, künstlerischen Vorgang, bleiben entscheidende Rechtsfragen umstritten. Die gerichtliche Auseinandersetzung von Bruno Spörri, einem Pionier in Sachen Computermusik, mit dem Megaseller „Jay Z“ offenbarte paradigmatisch das parasitäre Odium nicht deklarerter Aneignung der Arbeit anderer Künstler (vgl. tagesanzeiger.ch/kultur/pop-und-jazz/Jay-Z-muss-Spoerri-entloehnen/story/20944469t, Zugriff 15.11.2017).

tion belohne, wer die „Macht der Netzwerke“ verstehe, und legt nach, just die Gewinner rezyklierten die alten DDR-Schlagwörter: „kollektiv“ und „gemeinschaftlich“. Wer digitale Kopien *prosumiert*, sieht sich aber nicht gern als Handlanger kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen oder totalitärer Unterdrückungsapparate. Dies würde dem Selbstbild der meisten User und ihrem Interesse an guter Kultur zuwiderlaufen.

Im Licht der beschriebenen Sachverhalte mutet die kollektive Euphorie über das „Teilen“ doch sehr irritierend an. Vereinfacht gesagt, tendieren die Grenzkosten beim Online-Musikhören nur deswegen gegen Null, weil sich die Verbrauchenden das Entgelt für künstlerische Arbeit sparen. Zahlreiche „Netzfrende“ haben die Problematik unterdessen zwar erkannt und postulieren alternative Vergütungsmodelle wie eine „Kulturflattrate“. Die Erfahrung verweist aber auf drei Schwierigkeiten, die mit derartigen Bemühungen zwingend einhergehen:¹⁴

- In Auseinandersetzungen mit digitalen Vertriebsportalen, die sich hinter den Interessen der Konsumentenschaft verstecken, lassen sich nur vernachlässigbar kleine Nutzungsgebühren durchsetzen (vgl. das Beispiel von M. Ribot).
- Die technischen und rechtlichen Instrumente, die erst mühsam geschaffen werden müssten, wenn überhaupt ein Inkasso möglich werden soll, hinken technischen und gesellschaftlichen Transformationen Jahrzehnte hinterher.
- Und sollte es tatsächlich gelingen, Gelder zu generieren, setzen in den zwingend anschließenden Verteilkämpfen die Akteure mit der meisten Marktmacht ihre Interessen am erfolgreichsten durch, denn allein sie können die für rechtliche Auseinandersetzungen erforderlichen Ressourcen mobilisieren.

Ungeachtet der noch abzuwartenden Innovationen im fraglichen Feld, werden auch flächendeckend greifende Flattrates die Verhältnisse nicht grundlegend umkrempeln. Eine Trendwende ist nicht in Sicht, zumal unterdessen eine Generation herangewachsen ist, für die massenkulturelle Erzeugnisse zeitlebens überall umsonst verfügbar waren. Digital vermittelbare Kulturprodukte sind zum Gratis-Accessoire, zur Werbebotschaft und zum Verkaufsargument einer bis in ihre Kapillaren kommerzialisierten Gesellschaft geworden.

Über alles gesehen, erstaunt der verklärte Glaube an die von den Apologeten der Digitalisierung versprochene Weltverbesserung, der Rifkin (2014, S. 35 f.) behaupten lässt, das „Internet der Dinge“ sei „der technologische ‚Seelenverwandte‘ der sozialen Commons“ und biete den „idealen technologischen Rahmen für die Förderung der Sozialwirtschaft“. Der „eigentliche Sinn der neuen Technologie“

14 Dabei stütze ich mich auf vielfältige Einblicke in die Materie, die ich als Musiker und Kulturaktivist in diversen Chargen bei der „Schweizerischen Interpretenstiftung“, dem „Schweizer Musik Syndikat“ und bei der „Swissperform“ entsprechende Einblicke gewonnen habe (vgl. danielschlaepfi.ch/deutsch/aboutde.htm, Zugriff 15.11.2017).

bestehe „in der Förderung einer Teil- und Tauschkultur“, denn sie decke „sich mit all dem, worum es bei den Commons“ gehe.

Solchen Verheißungen stehen harte Fakten gegenüber: So kann im „Internet der Dinge“ Tauschbeziehungen nur eingehen, wer erstens über Netzzugang und zweitens über Kaufkraft (eine Kreditkarte) oder mindestens einige Güter verfügt, die angeboten werden können, weil sie nicht dringend für den Eigenbedarf benötigt werden. Diese Voraussetzungen sind für die Mehrheit der Weltbevölkerung nicht erfüllt, denn immer noch leben zwei Drittel der Menschheit offline (Siegrist 2015). Für sehr viele Menschen liegt eine Güterausstattung jenseits des Grundbedarfs außer Reichweite, weshalb sie gar nichts Materielles zum Teilen übrighaben. Technische Innovationen vermögen im globalen Maßstab keine Teilhabe an der Netzwerkgesellschaft zu garantieren und sind deshalb nur bedingt sozialverträglich. Und damit ist noch nichts gesagt zu Themen wie staatlichen Eingriffen ins Internet vonseiten totalitärer Regime und der tiefgreifenden Überwachung von Normalbürgern in westlichen „Demokratien“. Einer Weltgemeinschaft, in welcher der Internetzugang für ökonomische, soziale und politische Aktivitäten täglich an Bedeutung gewinnt, geben derartige Befunde weniger Anlass zu Hoffnung als zum Verdacht, dass Visionen wie das „Internet der Dinge“ vor allem in Überfluggesellschaften florieren, die als Hauptprofitierende globaler Ausbeutungszusammenhänge kein Interesse am echten „Teilen“ haben.

Als selbsternannte Korrektive zur Konsumgesellschaft wirken regionale „Mietbörsen“ wie das Portal „Sharely“ auf den ersten Blick pragmatischer und vernünftiger. Sie reklamieren für sich kein Veränderungspotenzial in globalen Dimensionen. Und es trifft natürlich zu, dass sich der Besitz einer Bohrmaschine nicht lohnt, wenn das Gerät jährlich keine fünf Minuten in Betrieb ist. Aber ist es umgekehrt sinnvoll, für ein Dutzend Bohrlöcher zwecks Montage des neuen Büchergestells aus dem Baumarkt Wegstrecken von vielen Kilometern in Kauf zu nehmen (vgl. Pfander 2015)? Auch gehen in über Internet angebahnten und abgewickelten Transaktionen die elementaren Wesenszüge der von anonymisierten Gesellschaften als altmodisch angesehenen Nachbarschaftshilfe verloren.

Gegenseitige Unterstützung auf Basis persönlicher Nahbeziehungen unterscheidet sich grundlegend von monetarisierten Austauschverhältnissen, die zeitlich befristet und (meist) einmalig angelegt sind. Werden empfangene Gefälligkeiten über Gegenrecht, selbst gemachte Konfitüre, Weinflaschen oder einen Betrag zur nächsten Reparatur des Leihobjekts abgegolten, stiftet dies vielpolig verschlungene Verpflichtungen. Unübersichtlich dichte Reziprozitätsgeflechte verunmöglichen es *a priori*, unter den Beteiligten exakt abzurechnen. Wer sich auf solcherart offene Konstellationen einlässt, bringt damit seine Bereitschaft und das Interesse zum Ausdruck, langfristige, da nicht verlustlos kündbare Verbindlichkeiten einzugehen (vgl. Jancke/Schläppi 2015, S. 10, 12, 23; Schläppi 2015a, S. 47 f.; Schläppi 2017b, S. 44; zur Reziprozität Stegbauer 2002).

Auf die genannten und etliche weitere Kritikpunkte kommt zwangsläufig, wer der Meistererzählung von der *Share Economy* die sozialen, kulturellen und physischen Gegebenheiten gegenüberstellt, die der Reallokation von Sachgütern und anderen Wertigkeiten eingeschrieben sind. Politische Praxis, profanes Management, Kooperationsbereitschaft, der Zugang zu Ressourcen, Solidarität, Verlässlichkeit und Vertrauen unter den Beteiligten fallen nicht vom Himmel. Sie müssen im Gegenteil täglich neu erarbeitet, gepflegt und konsolidiert werden. Auch müssen kollaborative Systeme ständig gegen private Bereicherung auf Kosten kollektiver Interessen geschützt und durch Eigennutz entstandene Kollateralschäden repariert werden. Aus neuen Formen von Preisbildung und Konsum von am Subsistenzniveau erbrachten Arbeits- und Dienstleistungen allein werden unmöglich dauerhaft tragfähige Strukturen entstehen. Kurzfristige Nutzenoptimierung nach Marktlogiken und nachhaltiges „Teilen“ gehen realiter nicht zusammen. „There ain't no such thing as a free commons!“¹⁵

V. Commons prozessual denken – eine lebensweltliche und theoretische Herausforderung

Den unternehmerisch erfolgreichen Geschäftspraktiken von UBER oder Airbnb liegt ein radikal individualistisch konzipiertes Verständnis menschlichen Wirtschaftens zugrunde.¹⁶ Nicht umsonst lautete das neoliberale Kredo von Maragret

15 Wenn in Hipsterkreisen vollmundig vom „Teilen“ als Geschäftsmodell schwadroniert wird, denkt niemand an die Kärnerarbeit, die Mühsal und das tagtägliche Kleinklein, die für den nachhaltigen Betrieb teilwirtschaftlicher Unternehmen oder Kooperativen nötig sind. So auch Topmodell Nadine Strittmatter, die 2013 medial die Gründung der „Production 3.0 GmbH“ verbreitete, in der „Kunden“ zu „Partnern“ würden. Beginnend mit dem Vertrieb von Designsonnenbrillen, sollten nach und nach Joint Ventures wie ein „innovatives soziales Netzwerk“, „nachhaltige Energiegewinnung“ eine „Lifestyle-Kreditkarte“ oder eine Filmproduktion entstehen (Löpfe 2013). Offenbar war der Atem der erfolgsverwöhnten Laufsteg-Bekanntheit zur Realisierung der mit großer Geste skizzierten Pläne nicht lang genug. Jedenfalls hat die erwähnte Firma im Internet, dem gelobten globalen Marktplatz, keinerlei Spuren hinterlassen.

16 Sinnbildlich dafür steht der Streit des UBER-Chefs Travis Kalanick mit einem UBER-Fahrer, der ihm am Ende einer Fahrt die Schuld für sich stetig verschlechternde Anstellungsbedingungen gab. Kalanick beendete den gehässigen Wortwechsel mit der Aussage, „some people don't like to take responsibility for their own shit“ (vgl. das Video auf [youtube.com/watch?v=ejZL5Flwmjc](https://www.youtube.com/watch?v=ejZL5Flwmjc), Zugriff 11.03.2017).

Thatcher: „There is no such thing as society“. Die Mär vom Triumphzug der kapitalistisch durchgestylten *Share Economy* hält sich genau an diesen Leitsatz, indem sie unterschlägt, dass „Teilen“ wie alles menschliche Wirtschaften zwingend mit Fragen nach *Teilhabe, Reziprozität und Verantwortung* und damit mit sozialen Beziehungen korreliert ist.

Für Max Weber (1980/1921, S. 199) haben „Vergemeinschaftungen“ ihrer „ganz überwiegenden Mehrzahl nach irgendeine Beziehungen zur Wirtschaft“. Die soziale und die ökonomische Sphäre stehen demnach in einem unauflöselichen Konnex und bedingen sich gegenseitig. Will man die Grundzüge kollaborativen Wirtschaftens, das „Teilen“, mithin die Organisation des Zugangs zu materiellen Gütern und anderen Ressourcen, beschreiben und verstehen, müssen die sozialen Beziehungen in ihren rechtlichen, materiellen, kulturellen und praxeologischen Dimensionen mit in den Blick genommen werden.

Und wer sich mit Relationalität als Grundprinzip menschlicher Existenz befasst, wird unausweichlich über alltägliche Dinge wie Macht, Hierarchien, Konflikte, Konkurrenz, Reichtum, Armut, Inklusion, Exklusion, Ego- und Altruismus, individuelle Charakterprofile, Gruppendynamiken und viele andere potenzielle Problemquellen nachdenken müssen, die es so anstrengend und kompliziert machen, ein *Commons* auf lange Zeit und vielleicht sogar über die eigene Lebensdauer hinaus am Leben zu erhalten.

Elinor Ostrom hat in ihren Fallstudien acht *Designprinzipien* (Regeln) herausdestilliert, nach denen langlebige Commons-Institutionen organisiert sind.¹⁷ Das einfache Normengerüst leuchtet für die von ihr untersuchten Gemeingüter – Gebirgsweiden in Gemeinbesitz und Bewässerungsgemeinschaften – unmittelbar ein (vgl. Ostrom 1999, S. 75–132). Die fraglichen Organisationen bewirtschaften Naturressourcen zum Nutzen klar definierter Personenkreise. Es geht also um materiell bzw. physisch greifbare Güter und scharf umrissene Sozialgefüge. Wie brauchbar sind die Regeln aber für andere Formen von *Commons* oder von *Pooling* (dem Zusammenlegen und kollektiven Ansparen von Ressourcen) wie etwa Zeitguthaben in der Altenpflege? Denn wer möchte sich vorbehaltlos von beliebigen Personen umsorgen, betreuen und bis in den Intimbereich hinein pflegen lassen? Und wie lassen sich unterschiedliche Beiträge gegeneinander verrechnen? Soll der Rollstuhlspaziergang mit dem ehemaligen Doktorvater bei geistreichen Gesprächen, Kaffee und Kuchen gleich viel wiegen wie das tägliche Füttern, Waschen

17 Die Beiträge von Ch. Hoffahrt, H. Baumbach, O. Dilling und D. Kramer in diesem Band beziehen sich explizit auf Ostroms Regelwerk, indem sie es zum methodischen oder theoretischen Angelpunkt ihrer Argumentation machen. Aus diesem Grund wird hier auf die Aufzählung der „Gestaltungsprinzipien für Gemeingüter“ verzichtet, zumal diese in der Literatur bereits vielfach konzis zusammengefasst wurden (z. B. Ostrom 1999, S. 117 f.; Ostrom 2011, S. 85–87).

und Betreuen der dementen Patentante? Wie ist das Verhältnis von Arm und Reich in sich neu ausformenden Genossenschaften zur regeln?

Wenn viele verschiedene Menschen vielgestaltige Leistungen in Gemeinschaftsprojekte einspeisen, entstehen komplexe Innenbeziehungen und perforierte Außengrenzen. Viele *Commons* sind innen Stückwerk, ewiges Provisorium. Manchen ist nach außen etwas „Ausgefranstes“, eine wesenhafte definitorische Unschärfe eigen (vgl. den Beitrag von S. Kühn in diesem Band). Sie haben „überall in der Welt eine eigene Geschichte und spezifische Ausprägungen“, und sie „sind keine Dinge, Ressourcen oder Güter, sie sind vielmehr ein Gefüge von Sozialstrukturen und Prozessen“. In diesem Sinn gibt es letztlich „keinen Lebens- oder Produktionsbereich“, der „nicht als Commons gestaltbar ist“ (Helfrich/Bollier 2015, S. 11, 14, 16).

Commons sollten deshalb prozesshaft gedacht werden, d. h. von sozialen Praktiken und Beziehungen (also vom *Commoning*) statt von ihren normativen und institutionellen Ausprägungen her. Für „ein tieferes Verständnis“ so vorgestellter *Commons* postuliert Silke Helfrich (2015, S. 37–40, 42, 45) ein induktives Vorgehen über additiv vergleichende Beobachtung der „Muster Gemeinsamen Handelns“. Ziel dabei wäre die Formulierung einer „Mustersprache“.

Darüber sollte nicht vergessen werden, dass Menschen als soziale Wesen zwar immer wieder auf kooperative Strategien zurückgeworfen sind, dass in individualisierten Gesellschaften viele Menschen aber weder kooperieren wollen noch können. Gleichsam als Subtext zu ihrem berühmten Regelwerk hat Elinor Ostrom (1999, S. 117) ihre diesbezüglichen Bedenken in Form einer unscheinbaren, gerne überlesenen Fußnote formuliert:

„Ich glaube nicht, dass es möglich ist, die notwendigen und hinreichenden Prinzipien für langlebige Institutionen zu ermitteln, da es grundlegend von der Bereitschaft der Beteiligten abhängt, ob eine Institution überhaupt funktioniert. Keine wie immer gearbete Gruppe logischer Bedingungen reicht hin, um sicherzustellen, dass alle Individuengruppen bereit und willens sind, eine durch solche Bedingungen charakterisierte Institution funktionieren zu lassen.“

Diese (anthropologische) Grundvoraussetzung ist mitverantwortlich dafür, dass sich *Commons* mitunter zu Zwangsgemeinschaften entwickeln. Ausgerechnet in die langlebigsten Institutionen in Ostroms Auswahlkatalog wird man als Repräsentant jahrhundertealter Generationenfolgen hineingeboren (vgl. Ostrom 1999, S. 79–85). Die Bewirtschaftung des „väterlichen“ Betriebs ist nur im Modus der Teilhabe an den kollektiven Strukturen möglich. Und wer einmal das Dorf verlassen und die traditionelle Lebensform aufgegeben hat, wird den vollwertigen Status eines Aktivmitglieds weder für sich noch für seine Nachkommen wiedererlangen.

Historisch betrachtet, rechtfertigten die Belange des Kollektivs auch mal drakonische Eingriffe in Biographien von Menschen, die über wenig Ressourcen und Perspektiven verfügen. Die Betroffenen standen zeitlebens unter beträchtlichem Konformitätszwang (vgl. Schläppi 2017c, S. 98 f.).

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass manches Kollaborativgefüge die Privilegien und Vorteile seiner Mitglieder über alles stellen und sich gegenüber der Umwelt vollkommen rücksichtslos verhalten kann. Auch gewissenlose Kapitalisten und Kriminelle organisieren sich nach Logiken des *Commoning*, und es ist anzunehmen, dass sie die internen Kooperationsregeln strenger und erfolgreicher durchsetzen als ihre kommunalen und korporativen Pendanten. Kartelle, Seilschaften, bruderschaftlich verschworene Elitenzirkel, Geheimlogen, Milizen, soziotopische Milieus, Sekten, die Mafia in all ihren Ausprägungen (vgl. die sinnfällige Selbstbezeichnung „Cosa Nostra“): sie funktionieren – wenn auch mit anderen Vorzeichen – nach ähnlichen Regeln und kämpfen mit analogen Schwierigkeiten wie Gartenkooperativen oder Kaninchenzüchtervereine.

Nicht umsonst war die epidemische Gründung von Clubs, Vereinen und Genossenschaften seit dem späten 18. Jahrhundert das wichtigste Vehikel zur Emanzipation der bürgerlichen Schichten aus den Zwängen der ständischen Ordnung. Letztlich ersetzte einfach eine Form der Distinktion über kollektives Handeln die andere. Die Frage, wem der Zugang zu einer spezifischen Gruppe verwehrt wird, sagt über das Selbstverständnis der Mitglieder mehr aus als die offiziell kommunizierten Bedingungen.¹⁸

VI. Aus Mikro mach Makro: Global Commons

Soziale Beziehungen sind für Kollektive konstitutiv. Stabilität und Konstanz von *Commons* beruhen auf der Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft der Beteiligten. Deshalb fokussiert die Forschung bei der Suche nach real funktionierenden Regelwerken auf überschaubare, intakte Gruppengefüge. Trotzdem bestehen große Erwartungen, die Erkenntnisse aus der Commons-Forschung könnten dereinst von den Face-to-Face-Gesellschaften auf die Makroebene, auf die *Global Commons*, extrapoliert und zur Bewahrung oder mindestens zwecks nachhaltigerer Bewirtschaftung der Ozeane, der Stratos-, Atmos- und Biosphäre, der Arktis und Antarktis, der Flora und Fauna, der Grund- und Trinkwasservorkommen, der

18 In einer lapidaren Formel hat Sven Regener (2013, S. 192) die existenzielle Bedeutung von Exklusion für Gemeinschaften umschrieben: „Man kann kein Omelett machen, ohne Eier zu zerschlagen [...]. Und man kann keine Gruppe zusammenschweißen, ohne einen rauszuwerfen“.

Agrarflächen, der Artenvielfalt, des globalen Genpools sowie des Weltalls urbar gemacht werden (vgl. Kaul/Grunberg/Stern 1999; Martens/Hain 2002).

Doch selbst Hoffnungsträgerinnen wie Elinor Ostrom und Silke Helfrich formulieren Bedenken. Auf „globaler Ebene“ sei es „viel schwieriger als auf lokaler Ebene, sinn- und wirkungsvolle Regulierungsformen zu entwickeln“. Die Nutzer-schaften „lokaler Ressourcen können sich Regeln geben und die Einhaltung dieser Regeln überwachen, um eine nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung zu garantieren. [...] Bei globalen Ressourcen ist dies natürlich sehr viel komplexer“. Ideen wie ein globaler Emissionshandel, der „dem direkten Zugriff der Staaten“ entzogen wäre, haben einen schweren Stand. Aber genau deshalb „brauchen wir in nächster Zukunft viele fantasievolle Konzepte, die ernsthaft diskutiert werden müssen, oder die Vision einer nachhaltigen Entwicklung wird durch die CO₂-Emissionen vereitelt“ (Ostrom 2011, S. 49, 54, 75 f.). Ostroms (2011, S. 76–78) Bilanz der wichtigsten Befunde ihrer Forschungen fällt nüchtern aus:

- Es gibt es keine Patentrezepte.
- Die Konzipierung von Normen bedarf möglichst präziser Daten.
- Die Steuerungsinstrumente müssen auf „die Kultur und das institutionelle Umfeld jener abgestimmt sein, die für ihren Lebensunterhalt auf die Ökosysteme angewiesen sind. Jede Regel muss die räumlichen und zeitlichen Bedingungen sowie den Charakter des Umgangs der Menschen vor Ort berücksichtigen [...]. Nutzer müssen die Regeln als legitim wahrnehmen“.
- Vertrauen ersetzt die Kontrolle nicht.

Bei aller Hoffnung auf einen globalen Impact der zahlreichen Studien, bleibt der Erkenntnisstand also in lokalen Dimensionen und in personalisierten Interaktionen verhaftet. In klein skalierten Handlungsfelder gewonnene Befunde sind nicht *tel quel* auf die Makroebene transferierbar. Erstens fehlt es immer noch an Wissen über viele Phänomene. Zweitens kann wegen der Trägheit der Systeme und vielfach noch unbekanntem Zusammenhängen vielfältiger Faktoren die Effektivität dringender Maßnahmen nicht gemessen werden und bleibt so Gegenstand politisch gefärbter Einschätzungen. Gleich verhält es sich mit Prognosen sowie der Beurteilung der Konsequenzen von Unterlassungen z. B. im Bereich des Umweltschutzes. Erhebliche Schwierigkeiten bestehen drittens hinsichtlich Vollzug und Kontrolle der von der Staatengemeinschaft beschlossenen Aktionspläne, etwa gegen Überfischung, Abholzung des Regenwaldes oder den CO₂-Ausstoss. Viertens sind die politischen Verhältnisse, der Ressourcenverbrauch und die Investitionspotenziale der Weltregionen so heterogen, dass wegen gegensätzlichen Interessen zu entscheidenden Fragen trotz allgemein vorhandenem Problembewusstsein keine gemeinsamen Positionen gefunden werden können.

Von eminenter Bedeutung sind fünftens zwei Kernelemente der westlichen Rechtstradition, die Garantie des Eigentums sowie das Konzept von exklusiv ans

Individuum gekoppelten Menschenrechten (vgl. den Beitrag von J. Perrin in diesem Band). Diese Akzentsetzungen erklären die gleichsam sakrosankte Stellung des Privatbesitzes in den abendländischen Gesellschaften. Indes können just *globale öffentliche Güter* wie eine saubere und intakte Umwelt, Klimastabilität, zweckdienliche und verlässliche Finanzmärkte, Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit, Gesundheit, das kulturelle Erbe der Menschheit – alles existenzielle Wertigkeiten, die zusätzlich zu den oben genannten Naturressourcen in den Blick genommen werden müssen – niemandem allein gehören. Hieraus leitet sich ab, dass die fraglichen Güter nicht für private oder nationale Gewinnzwecke eingehengt, ausgehöhlt, missbraucht oder geschädigt werden dürfen. Doch genau dies tun die Industriegesellschaften mittels Extraktionswirtschaft und massiver Umweltbelastung bis zum heutigen Tag ungebremst.

Um hier einen Wandel herbeiführen zu können, ist innovative Rechtsetzung notwendig, die über die genannten Axiome hinausdenkt. Das Interesse der gesamten Menschheit am Erhalt der Lebensgrundlagen muss den Ansprüchen von Einzelnen, Unternehmen und Staaten, die Besitz- und Verfügungsrechte für sich reklamieren und ausüben, übergeordnet werden. An eine alte, leider in Vergessenheit geratene aber wunderbar sprechende Begrifflichkeit anknüpfend, könnten die *Global Commons* als *Gemeinheiten* (als Gemeingüter) verstanden werden.

Ivan Illich (1982, S. 32) hat darauf hingewiesen, „gemein“ sei, „wie Jacob Grimm sagt ‚ein altes, hochwichtiges und edles Wort, nun aber übel heruntergekommen‘“. Dieser Bedeutungswandel veranschaulicht genau die grundlegende Differenz zwischen Vormoderne und Moderne. So waren Teilhabe und Nutzungsrechte für historische Gesellschaften viel bedeutsamer als der Besitz im engeren Sinn (Schläppi 2017b, S. 41 f.). Und Teilhabe war oft an die Zugehörigkeit zu einer (ständisch, ethnisch oder kulturell markierten) Gruppe gebunden, schloss also Verantwortlichkeit gegenüber einem Kollektiv mit ein, woraus andere Modalitäten der Ressourcenverteilung und -bewirtschaftung entstanden als unter kapitalistischen Vorzeichen.

„Menschenrechte 3.0“ könnte das Projekt heissen, das die globalen Ressourcen als *Commons* definieren, ihre Bewirtschaftung nach dem Grundsatz der Teilhabe verlangen und so für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen würde. Diesbezügliche Diskurse sind am Entstehen, stecken aber noch in den Anfängen. So gibt es in der Wikipedia zum Lemma „Global Commons“ nur Artikel in Englisch, Deutsch und Estländisch, wobei die deutsche Version wenig ausführlich ist und die estnische Fassung sich auf Stichworte und Links beschränkt.¹⁹

19 Vgl. en.wikipedia.org/wiki/Global_commons; de.wikipedia.org/wiki/Globale_öffentliche_Güter, Zugriff 20.03.2017.

VII. Mit Modellen von gestern gegen die Misere von morgen? Geschichte als Inspiration für die Zukunft

Ob ein Bewusstseinswandel im nötigen Ausmaß rechtzeitig einsetzen wird, ist nicht absehbar. Die aktuelle Weltpolitik verläuft weiterhin entgegengesetzt in Richtung Ökonomisierung und Privatisierung. Wachstumsstörungen, ungehemmt expansive Geldpolitik und zu tiefe Rohstoff- und Energiepreise, persiflieren in Kumulation mit exorbitanten Staats-, Gemeinde- und Privatschulden die Grundsätze kapitalistischer Theorie. Dazu kommen monströse Müllberge aller Art, unkontrollierbare Risikotechnologien und Waffensysteme, Erderwärmung, Kultur- und Landverlust, Wasserverknappung, Verwüstung, Artensterben, die Abholzung des Regenwalds etc.

Sich verschärfende, oft kriegerisch ausgetragene Ressourcenkonflikte und Ideen wie die Privatisierung des Trinkwassers und das in Entwicklungsländern grassierende „Land Grabbing“ lassen befürchten, dass die Weltgemeinschaft die überlebenswichtige Bedeutung eines faireren Gütermanagements noch längst nicht verstanden hat. Also folgt die Politik weiterhin den Logiken industrieller, finanzwirtschaftlicher und militärischer Hegemonie, die sich neuerdings wieder mit konfliktträchtiger, nationaler Abschottung der mächtigsten Player paart und die internationalen Organisationen handlungsunfähig macht. Durch das Nord-Süd-Gefälle in Gang gesetzte, anschwellende Migrationsströme bringen die politische Stabilität westlicher Demokratien ins Wanken, und sozialstaatliche Wohlfahrtspolitik gerät unter Druck.

Lokale Gesellschaften reagieren darauf vermehrt mit dem Aufbau von Commons-Organisationen. Allerdings stehen die besagten *Institutionen von unten* von verschiedener Seite unter Druck. Da ist erstens die Kritik aus dem linken Spektrum. Der Vorwurf lautet, zivilgesellschaftliche Eigeninitiative spiele der vom Neoliberalismus vorangetriebenen Destruktion wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften in die Hand, da der Staat aus der Pflicht genommen werde, wenn seine Bürger Selbsthilfeorganisationen bilden. Das Argument ist paradox, denn just die Arbeiterbewegung griff in ihren Anfängen zu analogen Strategien und gründete z. B. genossenschaftlich organisierte Konsumvereine.²⁰ Zweitens nisten sich im

20 Die etatistische Kritik von linker Seite ist sophistisch und auch scheinheilig, verschlei-ert sie letztlich doch bloss die Angst, noch mehr Wähleranteile zu verlieren. Die Menschen in den Industriegesellschaften des 21. Jahrhunderts können nur noch in Kategorien von „Privateigentum“, „Geldeinkommen“ und schnellem Konsum denken. Wer Hand an Besitzstände legt, wird bei der nächsten Wahl abgestraft. Aus diesem Grund punkten die „Programme“ der Rechtsreaktionären mit (traditionell linken) Umverteilungspostulaten, die gepaart mit Fremdenhass die Wahlerfolge des Neonationalismus

21. Jahrhundert Markt- und Effizienzlogiken sowie allgegenwärtige Rechenhaftigkeit in ursprünglich unkommerzielle Projekte ein (vgl. das eingangs geschilderte Beispiel) und dringen selbst in privateste Bereiche wie das Vorschiesen und Borgen unter Freunden als Ritual unkündbarer Verbindlichkeit vor. So errechnen Apps wie „Splitr“ oder „still waitin“ im abendlichen Ausgang, im Urlaub, beim Shopping unter allen Beteiligten in Echtzeit, wer wem wie viel Geld schuldet. Besonders bedrohlich sind für Commons-Institutionen drittens die kurzfristigen Dynamiken globalisierter Märkte. Sprunghaft ansteigende Nachfrage nach bestimmten Gütern kann kleinzellige lokale Strukturen zerstören, indem sie entweder die natürliche und/oder menschliche Ressourcenbasis überstrapaziert, oder die betroffene Gemeinschaft zu hektischen Anpassungen am bewährten Normengefüge zwingt, die sich dann als nicht nachhaltig erweisen.

Diese Probleme sind nicht neu. Über Jahrhunderte haben historische *Commons* ihre Mitglieder immer wieder unter neuen Rahmenbedingungen für korporatives Handeln, Denken und Fühlen sozialisiert, ihr Verhältnis gegenüber der Staatsgewalt reflektiert und in Verhandlungen (mit)gestaltet, und sich fallweise gegen Marktkräfte gewehrt, oder diese zu ihrem Vorteil auszunutzen versucht. Vergangene Gesellschaften erfanden und erprobten in der täglichen Güterbewirtschaftung und Herstellung des sozialen Friedens vielfältige Strategien und Strukturen und haben so über Generationen viel Erfahrungswissen angereichert.

Bei aller Leidenschaft der Commons-Bewegten für die gemeinsame Sache, ist selbst ihren führenden Köpfen wenig bewusst, wie stark Genossenschaften, Korporationen und Gemeingüter das ökonomische und politische Geschehen in Europa über Jahrhunderte prägten, bevor Grundrechte und Privateigentum zu den gesellschaftlichen Leitprinzipien avancierten. Obwohl gerade Ostrom auch mit historischen Beispielen argumentierte, fehlt es selbst in Expertenkreisen an elementarem Vergangenheitswissen. Beispielhaft dafür steht Philipp Bludovsky, der als Kurator des „Genossenschaftsmuseums“ im sächsischen Delitzsch, wo seinen

überhaupt erst ermöglichen. Die politische Linke reagiert auf die populistische Vereinnahmung ihrer Positionen hilflos. Ihr fehlen derzeit attraktive gesellschafts- und wirtschaftspolitische Gegenentwürfe, die aus ihrer nicht mehr zu leugnenden Fundamentalkrise herausführen könnten. Die Potenziale des neuen Kollektivismus⁷ wurden von den Parteistrategen, die sich nach wie vor an den syndikalistischen Maximen Erwerbsarbeit und Vollbeschäftigung bei unbedingtem Besitzstanderhalt festklammern, noch nicht erkannt. Offenkundig ist es schwierig bzw. noch nicht an der Zeit, um der Stimmbevölkerung den Nutzen von Strategien plausibel zu machen, die „soziale Einbettung“ und kollektive Risikoresistenz auf Kosten individueller Einbussen an materiellen Gütern versprechen. Bis sich der Vorstellungskraft heutiger Mehrheiten irgendwann erschliessen wird, wie so eine Transformation anzupacken wäre, ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Aussagen zufolge 1845 die „erste Genossenschaft“ gegründet wurde, am Rundfunk unlängst das Projekt der UNESCO kommentierte, „die Idee und Praxis der Genossenschaft“ als ersten deutschen Beitrag ans „Immaterielle Kulturerbe“ aufzunehmen. Er scheint offenkundig nicht mit der seit 1868 in vier Bänden erschienenen Monumentaldarstellung „Das deutsche Genossenschaftsrecht“ vertraut zu sein, in der Otto v. Gierke ausgehend vom Altertum einen Bogen über alle Epochen geschlagen hat.²¹ Solche Geschichtsvergessenheit selbst von Historikerseite irritiert einerseits. Andererseits ist sie der beste Beleg dafür, wie erfolgreich kapitalistische Dogmatik darin war, konkurrierende Traditionen unsichtbar zu machen, obwohl Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen in jeder Wirtschaftsordnung zu finden sind, unabhängig von sich wandelnden Staatsformen und politischen Institutionen.

Der ostentativen Ignoranz steht ein bald idealisierendes, bald pauschalisierendes Bruchstückwissen gegenüber, das zur Legitimation persönlicher Haltungen voller Überzeugung vorgetragen, dadurch aber noch lange nicht zutreffend wird. So behauptet Hans Widmer (2015): „Die Commons gab es auch schon einmal“. Gerne würde man ihn fragen, woran er denkt, wenn er sagt: „Modelle, Rezepte und Projekte gibt es in Hülle und Fülle. Die Ära der Commons beginnt quasi um die nächste Ecke. Wir sind schon fast da, wir klären momentan die letzten Details“. Oder Rifkin (2014, S. 33–35) sieht in den historischen *Commons* „eine demokratische Form von Selbstverwaltung, die Commons-Ressourcen zum Nutzen aller zusammenlegte“, und ein „ökonomisches Modell für das Überleben in einem despotischen Feudalsystem, das seine Untertanen in Knechtschaft hielt“. Zwar hätten Einhegungen und Kapitalismus „den ländlichen Commons ein Ende“ bereitet, „nicht aber dem gemeinschaftlichen Geist, der sie beseelte“. Entscheidend sei „das Interesse an der Zusammenarbeit“ gewesen, „hinter dem ein aufrichtiges Verlangen nach Kontakt mit anderen und Teilhabe steht“. Vergegenwärtigt man sich die zahllosen Konflikte, die außer- und innerhalb historischer *Commons* tobten, die abgefeimten Strategien, mit denen Korporationen schwächere Mitglieder behandelten oder ausgrenzten, wie sie nach innen und außen machtvoll auftraten und teilweise sogar über Untertanen herrschten, besteht hier akuter Aufklärungsbedarf.²²

21 Vgl. srf.ch/sendungen/kultur-kompakt/genossenschaft-ein-weltkulturerbe-der-unesco, genossenschaftsmuseum.de, Zugriff 23.11.2016.

22 Noch irritierender als das oberflächliche Geschichtswissen in Aktivistenkreisen sind jene Ökonomen, die immer noch am Paradigma der „Tragödie der Allmende“ von Garrett Hardin (1968) festhalten. Es sollte sich unterdessen herumgesprochen haben, dass die Fundamentalkritik, die Hardin an den *Commons* übte, auf zwei fatalen Irrtümern beruhte. Erstens hat er Commons-Institutionen mit Open-Access-Regimen, also allen

Die Geschichtsforschung rechtfertigt ihr Tun gerne mit der Behauptung, ohne Kenntnis des eigenen Herkommens könnten Politik und Gesellschaft – namentlich in Zeiten fulminanten Wandels – keine nachhaltig tauglichen Zukunftskonzepte entwickeln). Dieses Argument ist gleichermaßen richtig wie schwach, denn erstens werden historische Sachverhalte von den Mächtigen nach Gutdünken ignoriert oder instrumentalisiert (mit entsprechenden Folgen). Zweitens wiederholt sich Geschichte nie, und die Verhältnisse der Vormoderne können nicht telquel mit jenen der Gegenwart verglichen werden. Dennoch sind die Errungenschaften historischer Gesellschaften bezüglich nachhaltiger Bewirtschaftung kollektiver Ressourcen unbestritten und verdienen mit Blick auf zeitgenössische Problemstellungen unbedingt mehr Aufmerksamkeit, oder in den Worten von Tine de Moor (2015, S. 163): „Though times have changed, the past does provide us with highly valuable lessons“.

VIII. Grundlegende Charakteristika historischer Commons

Die historische Forschung zu *Commons* thematisiert vorrangig Naturressourcen wie Allmenden oder Gemeinweiden in ländlichen Gemeinschaften.²³ Seit einigen Jahren wurden auch ihre urbanen Pendanten (Zünfte und Gilden) zu Untersuchungsgegenständen. Dabei wird meist mit theoretischen Anleihen bei Elinor Ostrom gearbeitet und auf die institutionelle Ausgestaltung sowie auf normative Aspekte fokussiert. Dieser Zugang bringt ein paar Probleme mit sich:

- Ostrom selbst hat die Möglichkeit eines universellen Regelwerks negiert (vgl. Kap. V.). Stellt eine Untersuchung also unbesehen und exklusiv auf ihre Designprinzipien ab, bleibt sie zwangsläufig in einer limitierten, institutionenökonomischen Sicht gefangen, die kulturelle, symbolische, relationale Aspekte

potenziellen Nutzenden offen stehenden Ressourcen verwechselt (die ominöse „pasture open to all“), die es historisch so nie gegeben hat. Zweitens haben Generationen von neoliberal indoktrinierten Ökonomen Hardins Theorie zur Verdammung kooperativen Wirtschaftens repetiert, ohne über die Begriffsverwirrung und die daraus hergeleitete Argumentation nachzudenken. Alle Arten von Allmenden zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht frei zugänglich, sondern in hohem Masse reguliert sind.

- 23 Die folgenden Ausführungen beruhen auf meinen langjährigen Untersuchungen zur politischen Ökonomie der vormodernen Schweiz, die schließlich in das Forschungsprojekt „Gemeinbesitz, kollektive Ressourcen und die politische Kultur in der alten Eidgenossenschaft (17. und 18. Jahrhundert)“ mündeten. Nähere Angaben und Hinweise auf bereits erschienene Aufsätze sind in der Forschungsdatenbank des Schweizerischen Nationalfonds zu finden (p3.snf.ch/project-122330).